



G8/9

Was nun?

Über Risiken und Notwendigkeiten, die aus dem Scheitern der Volksinitiative ‚G9-Jetzt‘ erwachsen

Der Schulterschluss aller in der Bürgerschaft vertretenen Parteien wie auch maßgeblicher Institutionen und Organisationen, die GEW eingeschlossen, gegen die Initiative ‚G9-Jetzt‘ hat seine Wirkung nicht verfehlt. Das Zwei-Säulen-System ist gerettet! Vernunft hat obsiegt, alle Bauvorhaben können nun ungehindert durchgeführt werden und vor allem: Der ‚Wettbewerbsvorteil‘ der Stadtteilschule bleibt gewahrt! Also auf zu neuen Ufern?

Schön wär’s, aber es wäre ein Trugschluss zu glauben, dieses Ergebnis zeige den wahren Willen der Mehrheit der Bevölkerung, denn gescheitert ist dieses Volksbegehren nicht daran, dass es nicht genug Menschen gegeben hätte, die davon überzeugt sind, dass eine längere Schulzeit

das adäquatere Mittel ist, um ihren Nachwuchs auf eine Zukunft vorzubereiten, die außer Reproduktionsdrill auch noch etwas anderes erfordert: Zeit vor allem, damit sich eine Persönlichkeit herausbilden kann, die von Empathie, Kreativität, Freude an der Auseinandersetzung und Urteilsvermögen geprägt ist.

Pragmatismus ist wohl das hervorstechende Merkmal in Zeiten, in denen das politische Biedermeier die Oberhand hat

Dies alles zu opfern oder meinelialben auch nur auf Chancen einer solchen Entwicklung zu verzichten, um anstelle dessen ein System zu bewahren, dass zwar politisch scheinbar der einzige gesellschaftlich tragbare Kompromiss zu sein scheint, objektiv aber die soziale Spaltung der Stadt vertieft, halte ich letztlich für verantwortungslos. Aber sei’s drum. Pragmatismus ist wohl das hervorstechende Merkmal in Zeiten, in denen das politische Biedermeier die Oberhand hat.

Welche Chancen will man denn nun der Stadtteilschule geben? Einer Schulform, die nicht

zufällig entsprechend des Migrant_innenanteils in der Stadt jene Schüler_innen aufnimmt, die genau das Gegenteil dessen bräuchten, was sie erwartet. Nämlich ein gemeinsames Lernen mit Denjenigen, die aufgrund ihres milieuspezifischen Hintergrunds den Anforderungen eines an Mittelschichtstandards orientierten Bildungskanons entsprechen. Stattdessen lässt man sie allein und packt noch all jene Kinder dazu, die aus unterschiedlichen Gründen, einem als regelhaft geltenden Unterricht nicht gewachsen sind. Dabei ist es sicherlich nicht zufällig, dass die vielen in ihrer Lernentwicklung als gestört geltende Kinder gerade deshalb diese Symptome zeigen, weil sie sich emotional und sozial ausgegrenzt fühlen.

Diese Kinder, die an den Stadtteilschulen aktuell 25 Prozent (!) ausmachen, sollen also jetzt inkludiert werden in eine Gruppe, die schon das Stigma der Verlierertums trägt. Wenn ich diesen schillernden Begriff der Inklusion richtig verstanden habe, dann grenzt er sich inhaltlich von Integration in der Weise ab, dass sich die als anders geltende Gruppe der Mehrheit nicht anpasst, sondern in ihrem Anderssein akzeptiert wird. So, dass hieraus eine neue Qualität des Zusammenseins erwächst, in dem das Andere und das Fremde als Bereicherung angesehen werden. Ein hehres Ziel, die Starken unterstützen die Schwachen, das sich aber wohl kaum verwirklichen lässt, wenn zwei mit Problemen behaftete Gruppen vor dieser Aufgabe stehen.

Die aufstiegsorientierten Mittelschichteltern wissen oder zumindest spüren das. Die im

Verhängnisvoller Fehler hlz 9-10/2014, S. 9

Auch wenn aus dem Kontext die Schlussfolgerung eigentlich klar war, sprachlich ging es voll daneben. Das Fazit am Ende des Artikels muss natürlich lauten: „Gäbe es die ‚Eine Schule für Alle‘, spräche nichts **gegen** (statt ‚für‘) die Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Jahren.“



Auftrag der Adenauer-Stiftung durchgeführte Untersuchung offenbart dies nur zu deutlich (s. S. 14). Sie scheuen den Kontakt mit Kindern aus einem ihnen objektiv oder auch nur vermeintlich niedriger stammenden sozialen Milieu wie der Teufel das Weihwasser. Fast möchte man sagen, es bleibt ihnen objektiv auch nichts anderes übrig als sich für das Gymnasium zu entscheiden, will man für seine Kinder nicht bewusst Nachteile in Kauf nehmen. Unsere Gesellschaft kennt eben nur – wenn es hart auf hart kommt – das Prinzip der Konkurrenz. Die Ursachen liegen

*Wir müssen nach
Möglichkeiten suchen,
wie es trotz aller
Widerstände zu einer
Konvergenz der beiden
Säulen kommen kann*

also im System. Das Totschlag-Argument: ‚Es gibt nichts Richtiges im Falschen‘ kann die aufgeklärte Seele zwar entlasten, sollte allerdings auch kein Freibrief sein, sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung zu entledigen.

So erklären sich auch die Widersprüche im bürgerlichen Lager: Eigentlich möchte man ein Gymnasium alter Prägung, das den Beinamen Elite verdient, andererseits ist man – vor allem wenn man von dem Leistungsvermögen des eigenen Kindes nicht so recht überzeugt ist – bereit, die Kröte zu schlucken, dass man nunmehr mit Kindern vieler sozialer Aufsteiger konkurrieren muss. Ist einmal das Abitur ge-

schafft, gibt es noch genügend Möglichkeiten, sich sozial abzusetzen. Neuere Untersuchungen zeigen, dass der Anteil der Student_innen aus dem Arbeitermilieu gesunken ist, ganz zu schweigen von der Klassen- und Schichtzugehörigkeit von Mitgliedern der Vorstände in großen deutschen Unternehmen, die sich nahezu ausschließlich aus Angehörigen der Oberschicht rekrutieren. Spätestens hier ist man wieder unter sich.

Wenn wir als Gewerkschafter_innen neben dem Eintreten für die Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen uns auch als Zusammenschluss von Menschen verstehen, der sich nach wie vor für mehr Chancengleichheit einsetzt, kann die durch den verlorenen Volksentscheid vordergründig gestärkte Position der Stadtteilschulen nur bedeuten, dass wir auch weiterhin nach Möglichkeiten suchen, wie es trotz aller Widerstände zu einer Konvergenz der beiden Säulen kommen kann. Es gibt hierzu vielleicht ja schon mehr als zarte Pflänzchen, die im Hintergrund wachsen. Kooperationen von Stadtteilschulen und Gymnasien sind umso wahrscheinlicher, wie sich die Leistungspotenziale der Schüler_innen überschneiden. Wenn sich dann die beiden Säulen noch unter einem Dach befinden, liegt es nahe, wenigstens in weniger kognitiv-leistungsbezogeneren Fächern zu kooperieren. Wenn sich dann auch noch die Studienstufe unter einem Dach befindet, wird die Absurdität der Existenz der beiden Säulen umso eher deutlich. In dem Maße, wie es uns gelingt, die sich hieraus ergebenden Widersprüche zu nutzen, erwachsen auch Chan-

cen für eine Reformpädagogik, die auf Individualisierung setzt und allein dadurch ein gegliedertes Schulsystem obsolet werden lässt.

Übrigens geht es meines Er-

*Es gilt Chancen für
eine Reformpädagogik
zu nutzen, die auf
Individualisierung setzt
und allein dadurch ein
gegliedertes Schulsystem
obsolet werden lässt*

achtens in diesem Eintreten für ein gemeinsames Lernen um mehr als um Chancengleichheit. Ein als dauerhaft ungerecht angesehenes Bildungssystem befördert nicht nur Unmut, sondern gebiert Hass, der politisch den sozialen Frieden aufs Spiel setzt, an dessen Erhalt gerade jene Bevölkerungsgruppen großes Interesse haben sollten, die mit ihrer Entscheidung für das Gymnasium objektiv zur Vertiefung der sozialen Spaltung der Stadt beitragen. Das Risiko, mit dem gespielt wird, ist hoch. Noch waren in diesen Tagen an Halloween in so manchem sozialen Brennpunkt nur Rauchschwaden von Böllern zu sehen. Das könnte sich ändern.

JOACHIM GEFFERS

Das in der letzten Ausgabe dieser Zeitung angekündigte Interview mit Protagonisten der Reformschule werden wir in der kommenden Ausgabe veröffentlichen.